

Vorlagennummer: 0993/2024
Vorlageart: Vorschlag zur Tagesordnung
Status: öffentlich

Vorschlag der AFD-Fraktion - hier: Erstellung und Durchführung einer Umfrage für das Hagener Freibadpersonal

Eingereicht am:
Gestellt von:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Haupt- und Finanzausschuss (Entscheidung)	10.10.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die Stadt Hagen beschließt die Erstellung und Durchführung einer anonymisierten Befragung des Hagener Freibadpersonals durch die Stadt Hagen in Bezug auf die bundesweit grassierende Welle an Gewaltkriminalität in städtischen Bädern.

Diese Befragung soll beleuchten, ob es Bedrohungsszenarien, Attacken und Straftaten gegen das Bäderpersonal und die Freibadbesucher in jüngerer Vergangenheit in Hagen gegeben hat, und inwiefern die möglicherweise bereits getroffenen Maßnahmen der Stadt in Bezug auf die Wiederherstellung der örtlichen Sicherheit in den Freibädern erfolgreich gewesen sind und an welcher Stelle es Verbesserungspotenzial gibt.

Sachverhalt

Angesichts der ausufernden Gewaltkriminalität in einigen (Frei-)Bädern in Deutschland, auch im Ruhrgebiet, die bundesweit Schlagzeilen machten, in denen es teilweise mancherorts zu Schlägereien, Beschimpfungen, Bedrohungen, sexueller Belästigung, etc. in der Regel durch junge Migrantengruppen gegenüber den einheimischen Badbesuchern gekommen war, soll diese Umfrage unter den Beschäftigten der Hagener Freibäder die tatsächlichen Vorkommnisse beleuchten und bei Bedarf Verbesserungspotenzial der Sicherheitsmaßnahmen in den Freibädern von innen heraus aufzeigen.

Anlage/n

1 - 5_Antrag Freibadpersonal HFA 10.10.24 (öffentlich)

2 - 2024-10-10_Sachantrag_5_1_Umfrage_Rechtsextremismus_HAK_HFA (öffentlich)

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Telefon: 02331-207 2129

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Aktenzeichen: 10.10.2024_RAT_05

Hagen, 18.09.2024

Antrag zur Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Hagen am 10.10.2024 gem. § 6 GeschO

Erstellung und Durchführung einer Umfrage für das Hagener Freibadpersonal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten folgende Vorlage zur Entscheidung auf die Tagesordnung zu setzen:

Beschluss:

Die Stadt Hagen beschließt die Erstellung und Durchführung einer anonymisierten Befragung des Hagener Freibadpersonals durch die Stadt Hagen in Bezug auf die bundesweit grassierende Welle an Gewaltkriminalität in städtischen Bädern.

Diese Befragung soll beleuchten, ob es Bedrohungsszenarien, Attacken und Straftaten gegen das Bäderpersonal und die Freibadbesucher in jüngerer Vergangenheit in Hagen gegeben hat, und inwiefern die möglicherweise bereits getroffenen Maßnahmen der Stadt in Bezug auf die Wiederherstellung der örtlichen Sicherheit in den Freibädern erfolgreich gewesen sind und an welcher Stelle es Verbesserungspotenzial gibt.

Begründung:

Angesichts der ausufernden Gewaltkriminalität in einigen (Frei-)Bädern in Deutschland, auch im Ruhrgebiet, die bundesweit Schlagzeilen machten, in denen es teilweise mancherorts zu Schlägereien, Beschimpfungen, Bedrohungen, sexueller Belästigung, etc. in der Regel durch junge Migrantengruppen gegenüber den einheimischen Badbesuchern gekommen war, soll diese Umfrage unter den Beschäftigten der Hagener Freibäder die tatsächlichen Vorkommnisse beleuchten und bei Bedarf Verbesserungspotential der Sicherheitsmaßnahmen in den Freibädern von innen heraus aufzeigen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin



Ratsgruppe HAK | Rathausstr. 11 | 58095 Hagen

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz

- im Hause -

Bearbeitet von: Gökhan Erdal Tel.: 02331 207 2063 Email: ratsgruppe@hak-hagen.de Dat.: 07.10.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hagen bitten wir, im Hinblick auf die anstehende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.10.2024, ergänzend zum TOP 5.1 „*Erstellung und Durchführung einer Umfrage für das Hagener Freibadpersonal*“, um die Aufnahme des Sachantrags.

Beschlussvorschläge:

1. Die Stadt Hagen beauftragt eine umfassende Analyse rechtsextremer Vorfälle in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere in Schwimmbädern und Freizeiteinrichtungen, durchzuführen. Darunter soll auch eine anonyme Umfrage unter den Beschäftigten und Besuchern der städtischen Freibäder und öffentlichen Einrichtungen durchgeführt werden, um rechtsextreme Vorfälle (wie Bedrohungen, Beleidigungen, tätliche Angriffe) zu erfassen. Hierbei sollen insbesondere auch Erfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund, jüdischen Besuchergruppen und anderen Minderheiten berücksichtigt werden. Ziel ist es, ein klares Lagebild über die Anzahl, Häufigkeit und Art rechtsextremer Straftaten zu erheben. Diese Sicherheitsanalyse soll unter Einbeziehung des städtischen Sicherheitsdienstes, der Polizei und einschlägiger zivilgesellschaftlicher Organisationen erstellt werden.
2. Die Stadt Hagen entwickelt ein umfassendes Aufklärungsprogramm, das auf die Gefahren durch rechtsextreme Ideologien und deren Auswirkungen hinweist. Dieses Programm soll an Schulen, in Sportvereinen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen angeboten werden. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger über rechtsextreme Manipulationsstrategien, Desinformation und die Konstruktion von Feindbildern aufzuklären.
Besonders der Versuch rechtspopulistischer Akteure, wie die AfD, Angst zu schüren und durch Hasskampagnen gesellschaftliche Gruppen zu spalten, um Stimmen zu gewinnen, soll thematisiert werden.

3. Die Stadt Hagen prüft gezielte Sicherheitskonzepte für besonders gefährdete Einrichtungen wie Schulen, Synagogen, Moscheen und Kulturzentren, die aufgrund rechtsextremer Bedrohungen und antisemitischer und antimuslimischer Angriffe besonders geschützt werden müssen. Hierbei sollen gezielte Schutzmaßnahmen, wie erhöhter Polizeischutz und bauliche Sicherheitsmaßnahmen, diskutiert und umgesetzt werden.
4. Die Stadt Hagen fordert vom Innenministerium NRW, dass die AfD durch den Verfassungsschutz als **„gesichert rechtsextrem“** eingestuft wird, ähnlich wie in den Bundesländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die AfD fällt durch wiederholte rassistische Hetze und gezielte Desinformation auf, die den sozialen Frieden gefährden. **Insbesondere die jüngsten Anträge der AfD-Fraktion, die Migranten pauschal als Sicherheitsrisiko darstellen, zeigen eine klare Strategie der Angstmache.** Dies stellt eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in Hagen dar und erfordert eine strikte Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden.

Begründung:

Die Sicherheit in öffentlichen Einrichtungen in Hagen ist durch rechtsextreme Vorfälle und gezielte Hetze ernsthaft gefährdet. Mit Anträgen, die regelmäßig bestimmte Bevölkerungsgruppen pauschal diffamieren, versucht die AfD, gezielt gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und die Bürgerinnen und Bürger gegeneinander aufzuhetzen. Solche Akteure dürfen in Hagen nicht unwidersprochen bleiben.

Rechtsextreme Gewalt im öffentlichen Raum ist in Deutschland nach wie vor ein erhebliches Problem. Studien zeigen, dass **antisemitische Straftaten zu über 90 % aus dem rechtsextremen Spektrum** stammen. Besonders gefährdet sind öffentliche Orte, an denen sich eine vielfältige Bevölkerungsgruppe aufhält, wie Schwimmbäder, Parks und öffentliche Verkehrsmittel.

Laut dem Verfassungsschutzbericht 2023 wurden im Jahr 2023 insgesamt **25.660 rechtsextreme Straftaten** in Deutschland registriert, was einen Anstieg von **22,4 %** im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Besonders alarmierend ist die Zahl der **5.367 antisemitischen Straftaten**, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden – dies entspricht einem **Anstieg von über 54 %** im Vergleich zu den Vorjahren. Diese Delikte umfassen vor allem Volksverhetzung, Beleidigungen, Sachbeschädigungen und körperliche Angriffe.

Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum wurden **36 antisemitische Straftaten** dem linksextremen Spektrum zugerechnet, und **492 antisemitische Straftaten** hatten einen extremistischen religiös-ideologischen Hintergrund.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2023 **über 120 Angriffe auf Moscheen** gemeldet, darunter Fälle von Vandalismus, Brandstiftung und Bedrohungen. Diese Vorfälle zielen gezielt auf die Einschüchterung und Marginalisierung muslimischer Gemeinden ab.

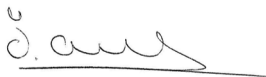
Auch in Hagen wurden in den letzten Jahren wiederholt Vorfälle von rechtsextremen Schmierereien, Bedrohungen, Brandstiftungen und Angriffen verzeichnet, die eine gezielte Präventionsstrategie dringend erforderlich machen.

Die Stadt Hagen muss ein klares Zeichen setzen und entschlossen gegen jede Form von Hass und Gewalt vorgehen.

Durch die Umsetzung dieses Antrags wird sichergestellt, dass die Sicherheit in städtischen Einrichtungen verbessert und rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgt und öffentlich gemacht werden.

Es ist die Pflicht der Stadt Hagen, solchen Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten und klarzustellen, dass Hass und Hetze keinen Platz in unseren Gremien und öffentlichen Einrichtungen haben.

Mit freundlichen Grüßen



Ömer Oral
(Sprecher der Ratsgruppe HAK)